

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Spinanger, Dean; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter

Research Report

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum ohne Perspektive? Elfter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 307

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Spinanger, Dean; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter (1997) : Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum ohne Perspektive? Elfter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 307, <http://hdl.handle.net/10419/982>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Verordnetes Wachstum ohne Perspektive?

787928

Inhalt

I. Produktion, Investitionen, Preise	3
II. Arbeitsmarkt	6
III. Einkommen der privaten Haushalte	7
IV. Öffentliche Haushalte	9
V. Geldpolitik	11
VI. Wechselkurspolitik	14
VII. Außenwirtschaft	15
VIII. Ordnungspolitik	18
IX. Zusammenfassung und Ausblick	21
Literaturverzeichnis	26

Dieser 11. Bericht über die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus wurde am 17. Oktober 1997 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich und Dean Spinanger mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Maria Lodahl, Wolfram Schrettl und Mechthild Schrooten und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Die in der Republik Belarus vor allem auf Betreiben von Präsident Lukaschenko verfolgte Wirtschaftspolitik wird seit Jahren von praktisch allen Beobachtern wegen unverkennbarer Rückschritte zu planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen negativ eingeschätzt. Die Kritik kommt von so verschiedenen Seiten wie den internationalen Finanzinstitutionen, den drei hier berichtenden Instituten, aber auch von der Regierung der Russischen Föderation. Entgegen allen Prognosen wies jedoch die amtliche weißrussische Statistik bereits für 1996 einen leichten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Dieses zunächst zaghafte Wachstum hat sich nach Angaben der offiziellen Statistik im bisherigen Verlauf des Jahres 1997 sogar noch beschleunigt. Die Dynamik erfaßte nun nicht mehr nur den privaten Verbrauch, sondern auch — und sogar besonders ausgeprägt — die Investitionstätigkeit, die im Vorjahr noch einen absoluten Rückgang zu verzeichnen hatte. Diese positive Entwicklung wirft einige Fragen auf: Gibt es dieses Wirtschaftswachstum tatsächlich oder handelt es sich um eine statistische Fiktion? Wenn die Wirtschaft tatsächlich gewachsen ist, welche Formen hat das Wachstum dann angenommen, welche Faktoren stehen dahinter und wie sind seine Perspektiven einzuschätzen? War die verfolgte Wirtschaftspolitik vielleicht doch richtig? Im vorliegenden Bericht werden diese und andere Fragen unter einer Reihe von Aspekten beleuchtet.

I. Produktion, Investitionen, Preise

Das BIP lag im Zeitraum Januar–Juli 1997 real um 11 vH über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (Tabelle 1). Allerdings ist zur offiziellen Statistik zunächst zu bemerken, daß sie weiterhin einige deutliche Ungereimtheiten aufweist, auf die von den Instituten bereits mehrfach hingewiesen wurde (vgl. z.B. DIW et al. 1997: 16). Gleichwohl rechtfertigen die verfügbaren Informationen die Feststellung, daß es zu einer Belebung des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus gekommen ist. Gerade die genauere Analyse dieser Belebung macht jedoch die gravierenden Probleme deutlich, mit denen die behauptete wirtschaftliche Wende behaftet ist.

Das im bisherigen Verlauf des Jahres 1997 zu beobachtende Wirtschaftswachstum erstreckt sich zwar auf viele Bereiche, ist aber im wesentlichen aus äußerst kräftigen Entwicklungen der Industrieproduktion und der Bautätigkeit entstanden. Diese beiden Bereiche weisen, bei hohen Anteilen am BIP, überdurchschnittliche Wachstumsraten auf (14,6 bzw. 18,2 vH). Auf der Verwendungsseite weist die offizielle Statistik nicht mehr nur, wie noch 1996, einen stark zunehmenden Konsum der Bevölkerung aus,

sondern auch kräftig gestiegene Investitionen (+18 vH).¹

Von der dynamischen Entwicklung der Industrieproduktion blieben nur die Zweige Elektrizitätswirtschaft (1 vH) und Brennstoffindustrie (-14 vH) ausgeschlossen. Alle übrigen Industriezweige wiesen durchgehend zweistellige Zuwachsraten auf (Tabelle 2). Der Maschinenbau (Anstieg um 26 vH), die Chemie und Petrochemie (17 vH), die Nahrungsmittelindustrie (17 vH) und die Leichtindustrie (29 vH) trugen — in der genannten Reihenfolge — wegen ihrer hohen Anteile an der Gesamtproduktion besonders stark zum industriellen Wachstum bei. Eine herausragende Rolle dürften dabei Einzelprodukte wie Traktoren (Anstieg um 25,3 vH) und Kalidünger (15,1 vH) gespielt haben.

Die Zunahme nunmehr auch der Investitionstätigkeit ist von besonderem Interesse. Zunächst ist aber gerade hier auf die Problematik der Daten am aktuellen Rand zu verweisen. So wurden die Wachstumsraten der Investitionen für 1996 zuletzt drastisch revidiert (z.B. für den Bereich Handel und Gaststätten, von -20 vH auf 19 vH). Ähnlichen Revisionen könnten

Tabelle 1 – Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	.	-1,2	-9,6	-10,6	-12,6	-10,4	2,6	11,0
Industrieproduktion ^b	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	14,6
Agrarproduktion ^b	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,1	-4,7	2,4	4,6
Bruttoanlageinvestitionen ^b	9,0	4,0	-29,0	-15,0	-11	-31	-5	18
Gütertransportvolumen ^c	-3,1	-5,7	-25,1	-30,1	-36,2	-25,7	-19,3	5,1
Beschäftigte	-0,9	-2,5	-2,6	-1,3	-2,6	-6,1	-1,0	0,8
Einzelhandelsumsatz ^b	14,7	-8,1	-22,0	-14,4	-10	-23	31	19
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	17,7	94,4	755	1 390	2 008	496	79,5	72,3
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	60,5	73,9
Verbraucherpreise								
Jahresdurchschnitt	4,7	94,1	971	1 190	2 221	709	52,7	59,4
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39,3	29,4
Industrielle Erzeugerpreise								
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	36,3	80,9
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 857	140	32,3	49,0
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	3,3

^aJanuar–Juli; bei entsprechenden Daten zum Vergleichszeitraum des Vorjahres. — ^bReal. — ^cAuf Tonnen-Basis.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1997c: 169; 1997f: 27 ff.), Tacis (1997a: 21 ff.).

Tabelle 2 – Industrieproduktion nach Zweigen 1990–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ^a
Industrie insgesamt ^b	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	15
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	1
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-14
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-12	-1	23	31
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	17
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	31
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	36
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	29
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-5	-13	5	17

^aJanuar–Juli. — ^bOhne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996: 30 f.; 1997b).

durchaus auch die hier zu diskutierenden Zahlen noch unterworfen werden. Daher bleibt weiterhin besondere Vorsicht geboten.

Mit diesem Vorbehalt sind bezüglich der Investitionstätigkeit (Tabelle 3) folgende Feststellungen zu treffen: Von der auf den ersten Blick insgesamt überaus positiven Entwicklung fallen bei genauerer Betrachtung nur wenige Bereiche wirklich ins Gewicht — und dies auf höchst unterschiedliche Weise. Das Wachstum der Gesamtinvestitionen wird entscheidend getragen von der äußerst kräftigen Zunahme der Wohnungsbautätigkeit (45 vH). Die ebenfalls sehr stark aufwärts gerichteten Investitionen in das Gesundheitswesen, die Bildung, die Kultur, die Wissenschaft, den Handel und in Materialversorgung und Absatz (Großhandel) spielen we-

gen ihres geringen Anteils an den aggregierten Investitionen für die Gesamtentwicklung so gut wie keine Rolle, ebensowenig wie die rückläufigen Investitionen in den Bereich Banken und Versicherungen.² Dagegen trugen die Investitionen in das Verkehrs- und Nachrichtenwesen noch deutlich zum positiven Gesamtergebnis bei, allerdings in wesentlich geringerem Maße als die Wohnungsbauinvestitionen. Der Rückgang der Investitionen in die Landwirtschaft verlief in den vergangenen Jahren besonders dramatisch. Im Jahr 1996 beliefen sich diese Investitionen auf weniger als 10 vH des Niveaus von 1990; parallel dazu war ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen von 29 vH auf 7 vH zurückgegangen. Vor diesem Hintergrund relativiert sich die im bisherigen Verlauf von 1997

Tabelle 3 – Entwicklung der Investitionen in konstanten Preisen 1990–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ^a
<i>Investitionen insgesamt</i>	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	15
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	2	5
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	-6
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	11
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	-27
Verkehr	3	39	-27	7	-24	0	0	19
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	20
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	49
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	58
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	31
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	45
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	13
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	34
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	54
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	55
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	108
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	138	28	-41	-54

^aJanuar–Juni.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996: 159, 164 f.; 1997f: 166 ff.).

zu beobachtende Zunahme der Investitionen in die Landwirtschaft (11 vH).

Das Gegenstück zur positiven Entwicklung der Investitionen in den Wohnungsbau liefern die Investitionen in den Sektor Industrie. Die Stagnation des Vorjahres machte sogar einem neuerlichen Rückgang Platz (-6 vH). Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als der Anteil der Investitionen in die Industrie bei 29 vH der Gesamtinvestitionen liegt und damit genauso hoch ist wie der Anteil der Investitionen in den Wohnungsbau.

Somit entwickeln sich die beiden wichtigsten Investitionsbereiche, die Wohnungsbau und die industriellen Investitionen, in völlig entgegengesetzte Richtungen. Berücksichtigt man noch, daß die Investitionen in die Bauindustrie, also jenen Wirtschaftsbereich, dessen Produktionsergebnis — eben der Wohnungsbau — die Gesamtentwicklung der Investitionstätigkeit prägt, weiter stark rückläufig sind (-27 vH), so erlaubt dies folgende Feststellung: Gerade in jene beiden Wirtschaftsbereiche, die Investitionsgüter herstellen, wird nach wie vor immer weniger investiert. Die steigende Produktion der beiden Bereiche Industrie und Bauwesen hat bislang offenbar nicht zur Folge gehabt, daß auch in ihren physischen Kapitalstock investiert würde. Dies steht im Einklang mit dem Gesamtbild eines Aufschwungs, der sich von der

realwirtschaftlichen Seite als äußerst eng umgrenzt und sehr fragil beschreiben läßt.

Der Preisanstieg war in Belarus im Jahr 1996 zunächst wesentlich langsamer vor sich gegangen als noch in den Vorjahren (vgl. Tabellen 4 und 1). Allerdings kam es sowohl bei den Verbraucherpreisen als auch bei den industriellen Erzeugerpreisen um die Jahreswende 1996/97 zu einer neuerlichen, äußerst starken Beschleunigung des monatlichen Preisanstiegs. Bislang ist nur der Anstieg der Verbraucherpreise wieder auf ein Maß zurückgegangen, das nicht mehr als extrem kritisch einzustufen ist. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise hat sich dagegen mit Monatsraten fortgesetzt, die auf das Jahr hochgerechnet bei 100 vH und darüber liegen. Zudem steht weitgehend außer Zweifel, daß die Inflationsberuhigung im wesentlichen auf administrative Eingriffe in den Preisbildungsmechanismus zurückzuführen ist. Erfolge werden „disziplinarischen Maßnahmen“ auf dem Gebiet der Preisbildung zugeschrieben.³

Mithin ist der Wirtschaftsaufschwung in Belarus unmittelbar von einer neuerlichen Beschleunigung der Inflation begleitet gewesen. Die zuletzt zu beobachtende Beruhigung des Preisanstiegs erstreckte sich nur auf Verbrauchsgüter, wurde über weite Strecken mit administrativen Maßnahmen erzielt und gibt keinen Anlaß, ausreichend niedrige Inflationsraten zu konstatieren.

Tabelle 4 – Monatliche Preisentwicklung 1994–1997 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise				Industrielle Erzeugerpreise			
	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	24,3	44,4	4,7	17,4
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	17,4	13,2	0,2	13,6
März	10,2	20,0	2,0	2,3	11,9	9,5	0,6	5,4
April	28,6	14,5	1,5	4,3	37,0	7,5	1,7	6,1
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0	32,4	1,7	0,3	5,2
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5	22,0	1,3	2,8	3,7
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4	17,5	2,4	2,6	5,6
August	53,4	3,0	1,3		42,5	5,2	4,0	
September	25,5	5,2	1,8		41,1	5,0	2,0	
Oktober	25,7	3,4	1,3		41,6	2,1	1,8	
November	40,5	3,7	3,9		28,4	2,7	1,4	
Dezember	31,3	3,9	7,4		26,4	2,2	6,4	

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996: 193, 217; 1997d: 196, 209; 1997f: 202, 226).

II. Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote sank bis Ende Juni 1997 auf 3,4 vH (Tabelle 5). Dahinter stehen zwei Entwicklungen: Erstens wuchs die Zahl der Beschäftigten gegenüber Juni 1996 insgesamt um 40 000 Personen auf 4,2 Millionen. Allein gegenüber Dezember 1996 betrug der Anstieg 33 200 Personen. Zweitens fanden weniger Entlassungen statt.

Tabelle 5 – Beschäftigte, Arbeitslose und offene Stellen 1995–1997

	1995	Dezember 1996	Juni 1997
Beschäftigte (Tsd.)	4 405,1	4 151,0	4 184,2
Arbeitslose (Tsd.)	131,0	182,5	157,4
Arbeitslosenquote (vH)	2,7	3,9	3,4
Offene Stellen (Tsd.)	11,3	15,8	32,0

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1997e: 61, 65 ff.).

Die Beschäftigung wuchs vor allem im tertiären Sektor. Bemerkenswert ist ihre Zunahme im Handel und im Gaststättengewerbe mit etwa 25 000 Stellen und im Bildungswesen mit 17 000 Stellen, jeweils gegenüber Juni 1996 (Tabelle 6). Dagegen nahm die Beschäftigung im selben Zeitraum in der Industrie um 25 000 Personen und in der Landwirtschaft um 21 000 Personen ab. Die Reduktion der Industriebeschäftigung dürfte auch dazu geführt haben,

daß die Zahl der Personen, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation ihres Unternehmens nur teilbeschäftigt oder beurlaubt waren, statistisch gesehen zurückging. Die betriebsbedingte Teilzeitbeschäftigung reduzierte sich in der Industrie um 39 vH, um 48 vH wurde der Umfang des Zwangsurlaubs reduziert. Im Baugewerbe verringerten sich diese Ausfallzeiten um 44 bzw. 47 vH (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1997b: 102).

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen sank von 182 500 Personen im Dezember 1996 auf 157 400 Personen im Juni 1997 (Tabelle 5). Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen von 15 800 auf 32 000. Auf eine offene Stelle entfielen im Juni 1997 fünf Arbeitslose, im Dezember 1996 waren es noch elf. Im 1. Halbjahr 1997 wurden im Rahmen staatlicher Programme 44 500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das Angebot von Krediten und Subventionen beim Übergang in die Selbständigkeit wurde allerdings nur ungenügend genutzt. Fast 40 000 Arbeitslose nahmen an „gesellschaftlicher Arbeit“ teil, die Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung war. Im 1. Halbjahr nutzten 13 600 Arbeitslose Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen; das sind weniger als die Hälfte der im Regierungsprogramm vorgesehenen Personen.

Tabelle 6 — Entwicklung der Beschäftigung 1996 und 1997

	Beschäftigte	Entwicklung der Beschäftigung		Beschäftigungsstruktur	
	Juni 1997	1996 zu 1995	Juni 1997 zu Dezember 1996	1990	1996
	Tausend	vH			
<i>Volkswirtschaft insgesamt</i>	4 184,2	99,0	100,8	100,0	100,0
Industrie	1 224,4	98,8	100,0	30,9	27,6
Landwirtschaft einschließlich Nebenwirtschaften	788,6	90,1	99,4	19,1	17,4
Forstwirtschaft	28,0	101,5	107,7	0,4	0,6
Transport	248,1	101,9	101,2	6,0	5,8
Post, Fernmeldewesen	60,8	94,5	102,0	1,1	7,2
Baugewerbe	302,7	103,9	103,6	11,1	7,2
Handel, Gaststättengewerbe ^a	319,5	97,1	101,4	6,4	9,6
Großhandel, Aufkaufbetriebe	40,9	101,8	105,7	1,0	0,9
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	147,0	111,3	101,3	2,9	4,5
Sozialwesen/Sport	41,3	113,1	107,3	0,8	1,1
Gesundheitswesen	258,3	102,9	100,3	4,4	5,8
Bildungswesen	407,6	103,7	100,8	8,4	9,9
Kultur	54,1	100,9	99,3	1,1	1,3
Kunst	11,7	93,6	100,0	0,3	0,3
Wissenschaft	48,9	104,6	102,7	2,0	1,1
Bank- und Versicherungsgewerbe	51,1	108,6	102,6	0,6	1,2
Staatliche Leitung	69,8	103,5	101,0	1,0	1,6
Sonstige ^b	81,4	96,1	104,2	2,4	2,8

^aIn den Originalquellen wurden widersprüchliche Angaben zum Jahresdurchschnitt 1996 und zu den Monatsangaben veröffentlicht.—
^bErrechnet: Differenz zwischen der Gesamtsumme und Sektoraufteilung.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996: 59 ff.; 1997e: 61 ff.).

Ungeachtet dieser Entwicklung bestehen auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Probleme. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen (16–29 Jahre) ist mit 46 vH ungewöhnlich hoch. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitssuche hat sich von 7,4 Monaten Ende 1996 auf 8,3 Monate erhöht. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen

(länger als ein Jahr arbeitslos) erreicht 21 vH der Arbeitslosenzahl. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen ist überdurchschnittlich hoch (64,5 vH). Vor allem aber ist zu bezweifeln, daß die staatlichen Beschäftigungsprogramme dauerhafte Beschäftigung sichern werden; sie konservieren eher die Überbeschäftigung.

III. Einkommen der privaten Haushalte

Die offizielle Einkommenspolitik der weißrussischen Regierung zielte auf eine Erhöhung der Realeinkommen der privaten Haushalte und auf eine Begrenzung der Einkommensdifferenzierung zwischen den sozialen Gruppen. Gleichzeitig sollte durch eine schrittweise Anhebung der unteren Einkommen die Zahl der in Armut lebenden Personen reduziert werden.⁴

Für 1997 hat die Regierung einen Zuwachs der realen Geldeinkommen von 5 vH geplant; tatsächlich wurde im 1. Halbjahr gegenüber derselben Periode des Vorjahres ein Anstieg um

10 vH — gleichlaufend mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts — erreicht. Die Reallöhne stiegen um 8,4 vH, jedoch mußten die Beschäftigten in einzelnen Sektoren Reallohnverluste hinnehmen. Entgegen der Geldeinkommens- und Lohnentwicklung sank die reale Durchschnittsrente um 2,3 vH. Die unterschiedlichen Wachstumstempi spiegeln sich auch in den Strukturen der Geldeinkommen der privaten Haushalte wider. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit stiegen im 1. Halbjahr 1997 etwas schneller als die Löhne, nachdem ihr

Wachstum 1996 noch wesentlich über dem der Löhne gelegen hatte. Die Anteile der Löhne und der Einkommen aus Unternehmertätigkeit an den gesamten Geldeinkommen haben sich damit nur wenig verändert (Tabelle 7).

Steigende Anteile der Konsumausgaben und eine leicht zurückgehende Ersparnisbildung zeigen an, daß die gewachsenen Realeinkommen auch konsumwirksam geworden sind. In den ersten sieben Monaten wendete die Bevölkerung etwa 75 vH ihres Einkommens für Konsumgüter und kommunale Dienstleistungen auf. Im gesamten Jahr 1996 waren es erst 73 vH und im 1. Halbjahr 1997 73,5 vH gewesen.

Die Differenzierung der Pro-Kopf-Einkommen ist, gemessen an der Relation zwischen den Anteilen des untersten und des obersten Einkommensdezils, vom 7,4fachen auf das 6,5fache zurückgegangen. Auf das niedrigste Einkommensdezil entfielen im 1. Vierteljahr 1997 nur 3,7 vH aller Geldeinkommen, auf das höchste 24 vH (1. Vierteljahr 1996: 3,4 und 25,2 vH).

Während insbesondere die Beschäftigten in der Industrie überdurchschnittliche Lohnzuwächse erzielen konnten, blieben die Löhne in der Land- und Forstwirtschaft, im Post- und Fernmeldewesen, im Bereich Wohnungswesen und Hauswirtschaftliche Dienstleistungen, im Transport- sowie im Bankgewerbe — letztere auf sehr hohem Niveau — unter der durchschnittlichen Entwicklung (Tabelle 8). In diesen Sektoren mußten gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres auch Reallohnverluste von bis zu 3,7 vH hingenommen werden.

Obwohl auch in Weißrußland die Löhne nicht immer fristgemäß ausgezahlt wurden, erreichten die Lohnrückstände nie die aus Rußland bekannten Dimensionen. Im Juli 1997 betragen die rückständigen Lohnzahlungen etwa ein Achtel der Monatslohnsomme. Mehr als zwei Drittel der Rückstände entfielen auf die Landwirtschaft, 12 vH auf die Industrie und 7 vH auf das Baugewerbe. Etwa 83 vH der Rückstände entstanden im Juni 1997, der Rest im Zeitraum Januar–Mai. Auf nichtstaatliche Unternehmen (Genossenschaften, Pachtbetriebe, Aktiengesellschaften u.a.) entfielen 54 vH der Lohnschulden, obwohl ihr Anteil an der Lohnsumme nur etwa ein Drittel betrug (Mai 1997).

Die Höhe der Renten blieb ein soziales Problem. Die Mindestrente wurde zwar in Abhängigkeit von der Preisentwicklung im ersten Halbjahr 1997 fünfmal erhöht, erreichte aber trotzdem nur knapp 40 vH des Existenzminimums (Armutsgrenze). Da selbst das Niveau der durchschnittlichen Altersrente bei nur 74 vH des Existenzminimums lag, blieb für mehr als 50 vH der Rentner die monatliche Rente im 1. Halbjahr unterhalb der Armutsgrenze. Die Relation der Durchschnittsrente zum Durchschnittslohn ist auf 39 vH gesunken (1. Halbjahr 1996: 43 vH). Der Mindestlohn betrug im 1. Halbjahr 1997 monatlich 150 000 Rubel, das waren 16 vH des Existenzminimums bzw. 8 vH des Durchschnittslohns. Der Anteil der Bevölkerung mit Pro-Kopf-Einkommen unterhalb der Armutsgrenze blieb auch im 1. Halbjahr 1997 mit 38 vH sehr hoch (1995: 39,9 vH; 1996: 38,6 vH).⁵

Tabelle 7 – Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte^a 1994–1997 (vH)

	1994	1995	1996	1. Halbjahr 1996 ^b	1. Halbjahr 1997
<i>Einkommen</i>	100	100	100	100	100
Lohneinkommen	46,2	52,6	50,3	54,2	54,8
Soziale Transfers (Renten, Sonstige)	11,4	17,0	16,9	17,8	15,6
Sonstige Einkommen (z.B. Unternehmertätigkeit)	42,4	30,4	32,8	28,0	29,6
<i>Verwendung der Einkommen</i>	100	100	100	100	100
Konsumausgaben	73,9	71,0	73,0	71,8	73,5
Steuern und Beiträge	5,1	6,3	5,8	5,7	6,6
Ersparnis (einschließlich in Valuta)	21,0	22,7	21,2	22,5	19,9
darunter: Zuwachs des Bargeldbestands			1,6	2,9	2,5

^aDie Abgrenzung wurde verändert, und die Werte sind mit früheren Berichten nicht vergleichbar. — ^bAngaben zu 1996 wurden mit der statistischen Abrechnung des 1. Halbjahres 1997 korrigiert.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1997a: 117; 1997c: 56).

Tabelle 8 – Lohnentwicklung und -struktur 1995–1997

	Durchschnittslöhne 1. Halbjahr 1997		Struktur der Löhne		
	1 000 Rubel	Vorjahres- periode = 100	1995	1996	1. Hj. 1997
Arbeiter, Angestellte und Kolchosmitglieder	1 834,9	171	100	100	100
Industrie	2 220,8	184	114	113	121
Landwirtschaft	993,3	156	62	63	54
darunter: Kolchosen	888,1	153	58	58	48
Forstwirtschaft	1 622,7	165	96	91	88
Transportgewerbe	2 101,6	155	124	121	115
Post-/Fernmeldewesen	1 892,5	161	122	112	103
Baugewerbe	2 251,3	177	139	122	123
Handel und Gaststätten	1 638,2	177	80	88	89
Großhandel	2 397,4	174	132	132	131
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche					
Dienstleistungen	1 825,5	152	100	99	99
Gesundheitswesen	1 715,2	164	86	92	93
Sozialwesen	1 107,8	176	53	57	60
Bildungswesen	1 645,0	172	79	84	90
Kultur	1 435,8	168	69	74	78
Kunst	1 371,3	174	68	71	75
Wissenschaft	2 112,2	172	108	112	115
Bankgewerbe	3 495,4	155	225	191	190
Staatliche Verwaltung	2 455,3	163	157	142	134

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1997e: 68).

IV. Öffentliche Haushalte

Die öffentlichen Haushalte verfügten nach den ersten sechs Monaten 1997 über leichte Überschüsse in Höhe von 0,5 vH des BIP. Bei dieser vergleichsweise positiven Bilanz ist allerdings zu beachten, daß die Aussagekraft des Staatshaushaltes zur Einschätzung der finanzpolitischen Situation gerade in Belarus gering ist. Die derzeitige Situation der offiziellen Haushalte weicht im übrigen deutlich von den Haushaltsplanungen für das Gesamtjahr 1997 ab. Das Haushaltsgesetz hatte für 1997 ein Defizit von 3,3 vH des BIP vorgesehen (DIW et al. 1997). Auch die aktualisierte Fassung des Republikbudgets geht noch von einem Defizit aus.

Zudem unterscheidet sich die derzeitige Finanzsituation der öffentlichen Haushalte auf den ersten Blick auch grundlegend von der in der Russischen Föderation: Die öffentlichen Haushalte mußten in der stark reglementierten weißrussischen Volkswirtschaft bei sinkender

Steuerbasis einen deutlich geringeren Einnahmenrückgang als in der Russischen Föderation hinnehmen, wo die Liberalisierung und die Privatisierung weiter vorangeschritten sind. Zwar ist auch Belarus mit dem Problem der Steuerrückstände konfrontiert. Allerdings waren die ausgewiesenen Steuerrückstände zum Ende des 1. Halbjahres 1997 (mit etwa 2,7 vH des BIP) im Vergleich zur Russischen Föderation (Januar–Mai 1997: 14 vH des BIP) gering.

Alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß in Belarus der Staatshaushalt nur als ein Verrechnungsposten innerhalb des wesentlich umfassenderen staatlichen Sektors dient und die quasi-fiskalischen Aktivitäten weiter ausgedehnt wurden. Insbesondere wurde die präferentielle, staatlich veranlaßte Kreditvergabe an einzelne Unternehmen ausgeweitet.⁶ Diese Kredite werden teilweise durch die Geschäftsbanken an die Unternehmen weitergereicht, teilweise direkt von der Nationalbank vergeben.

Wären diese über die öffentlichen Haushalte als Subventionen ausgereicht worden, was aufgrund der negativen Realverzinsung ihr eigentlicher Charakter ist, hätte der Finanzbedarf des Staates weit höher gelegen.⁷

Die vordergründig verbesserte Finanzsituation des Staatshaushalts geht auf eine deutliche

Einnahmensteigerung (1996: 28,2 vH des BIP; 1. Halbjahr 1997: 32,6 vH) zurück (Tabelle 9). Auffallend ist, daß dieser Einnahmewachstum in erster Linie von den Verbrauchsteuern getragen wurde; trotz des beachtlichen ausgewiesenen Aufschwungs blieb das Aufkommen aus der Gewinnsteuer — gemessen als Anteil am

Tabelle 9 – Konsolidierter Haushalt 1992–1997

	1992	1993	1994	1995	1996	1997 Januar–Juli
	<i>Struktur in vH</i>					
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,2	30,0
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,4
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,6	14,2
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	9,8
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0	.	.
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5	.
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9	.
Zölle etc.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,5
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4	.	.
Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	14,8
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	46,4
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	.	.
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7	.	.
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	.
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	.
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	.
Schuldendienst (Inland)	2,0	1,2	0,6	0,6	.	.
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	.	.
Saldo in vH der Ausgaben	-5,8	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	1,7
	<i>Anteile am BIP in vH</i>					
Einnahmen insgesamt	32,3	36,7	36,4	29,6	28,2	32,2
Mehrwertsteuer	12,0	10,1	10,0	8,3	7,9	9,7
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,3	3,5	4,3
Gewinnsteuer	8,3	10,9	11,2	6,4	4,1	4,6
Einkommensteuer	2,4	2,6	2,7	2,8	2,9	3,2
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4	.	.
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1	.
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5	.
Zölle etc.	0,5	2,5	3,3	1,7	1,9	2,7
Sonstige Einnahmen	2,5	2,0	2,3	4,6	.	.
Ausgaben insgesamt	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	31,7
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	4,7
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	.	.
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5	.	.
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	.
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	.
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	.
Schuldendienst (Inland)	0,7	0,5	0,2	0,2	.	.
Sonstige Ausgaben	0,6	4,0	7,0	3,3	.	.
Saldo	-2,0	-5,5	-3,5	-2,7	-2,0	0,5

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1997c: 175 ff.; 1997f: 81 ff.).

BIP — nahezu konstant. Der Einnahmewachstum ist auch in engem Zusammenhang damit zu sehen, daß die Steuervergünstigungen deutlich reduziert wurden. Viele Betriebe waren in der Vergangenheit entweder überhaupt von der Mehrwertsteuerpflicht oder jedenfalls von der tatsächlichen Zahlung ausgenommen. Der erleichterte Zugang der Unternehmen zu präferentiellen Krediten ermöglichte es, diese Steuervergünstigungen zurückzuführen, ohne die Liquiditätssituation auf der Unternehmensebene zu verschärfen. Der deutliche Anstieg der Einnahmen aus z.B. Zöllen geht vor allem auf eine Anpassung der Importzölle an die russischen Regelungen zurück.

Der Einnahmensteigerung von 4 Prozentpunkten, gemessen als Anteil am BIP, stand

eine Zunahme des Ausgabenanteils um 1 Prozentpunkt gegenüber. Detaillierte Angaben über die Ausgabenstruktur liegen nicht vor. Dennoch läßt sich erkennen, daß der Posten Bildung, Kultur und Soziales wie in den Vorjahren etwa die Hälfte der Gesamtausgaben umfaßt. Ausgabenkürzungen waren im Bereich der Volkswirtschaft, dem Posten, unter dem in der Vergangenheit vor allem die staatliche Investitionstätigkeit und die Subventionspolitik abgerechnet wurden, festzustellen.⁸ Insgesamt zeigt sich auch in dieser Haushaltspolitik, die zu wesentlichen Teilen auf einer Auslagerung fiskalischer Aktivitäten aus dem Staatshaushalt beruht, der rückwärtsgewandte Kurs der Regierung. Er dürfte so zu einem erheblichen Inflationsdruck beitragen.

V. Geldpolitik

Die weißrussische Geldpolitik wird zunehmend fiskalpolitischen Zielen untergeordnet. Damit steht sie nicht mehr als Instrument für die Stabilisierung des Innen- und des Außenwertes der weißrussischen Währung zur Verfügung. An die Stelle einer stabilitätsorientierten Geldpolitik sind staatliche Eingriffe in den Preisbildungsmechanismus getreten, die aber eine Beschleunigung der Inflation nicht verhindern konnten. Unter Einbeziehung der zurückgestauten Inflation dürfte die tatsächliche Geldentwertung noch höher gelegen haben. Dafür ist

vor allem die expansive Geldpolitik seit Mitte 1996 verantwortlich. Sie hat sich im 1. Halbjahr 1997 fortgesetzt (Tabelle 10). Das Wachstum der Geldbasis ging 1997 hauptsächlich auf eine Ausweitung der Nettokreditvergabe an die Geschäftsbanken zurück (Tabelle 11). Von den Nettodevisenreserven ging dagegen zunächst ein dämpfender Einfluß aus. Erst nach einer Korrektur des Wechselkurses trugen sie im zweiten Vierteljahr zum Wachstum der Geldbasis bei.

Tabelle 10 — Wachstumsraten der Geldmengenaggregate im Vergleich zur Vorperiode 1992–1997 (vH)

	1992	1993	1994	1995	1996	1996		1997
						1. Hj.	2. Hj.	
Geldbasis	728	604	1 897	286	78	27	40	37
M3 ^a	508	985	1 894	158	52	20	27	51
<i>Nachrichtlich:</i>								
Verbraucherpreise		1 997	1 960	244	39	17	19	41
Erzeugerpreise		3 868	1 857	140	32	11	20	63

^aEinschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quelle: IMF (1997), Tacis European Expertise Service *Belarus Economic Trends. Monthly Update* sowie ... *Quarterly Update* (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen des Ministeriums für Statistik und Analyse, eigene Berechnungen.

Tabelle 11 – Herkunft und Verwendung der Zunahme der Geldbasis 1996–1997 (vH)

	1996				1997	
	I	II	III	IV	I	II
<i>Herkunft</i>						
Devisenreserven (netto)	17,1	7,8	14,5	7,6	4,3	14,7
Inländische Aktiva (netto)	82,9	92,2	85,2	92,4	95,7	85,3
Forderungen an die Zentralregierung (netto)	64,6	71,9	61,6	61,5	75,2	62,5
Forderungen an die Banken (netto)	37,2	42,0	50,1	55,2	66,0	59,6
Sonstige Aktiva (netto)	-19,9	-22,4	-26,8	-25,6	-46,6	-37,7
<i>Verwendung^a</i>						
Bargeld	56,2	63,4	53,4	51,0	56,3	52,9
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	22,3	21,7	25,4	24,2	29,9	29,9
Überschußreserven	19,9	13,1	19,0	22,5	11,3	11,7

^aDie Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 vH besteht aus „sonstigen“ Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quelle: IMF (1997), Taxis European Expertise Service *Belarus Economic Trends. Monthly Update* sowie ... *Quarterly Update* (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen des Ministeriums für Statistik und Analyse, eigene Berechnungen.

Die erweiterte Geldmenge M3 expandierte noch stärker als die Geldbasis. Sie nahm allein im 1. Halbjahr 1997 prozentual um soviel zu wie im gesamten Jahr 1996. Die ursprünglichen stabilitätspolitischen Ziele der Regierung für das Jahr 1997 waren damit bereits zur Jahresmitte Makulatur. Der Ausweitung des Geldangebots durch die Geschäftsbanken steht offenbar keine entsprechend höhere Geldnachfrage der Wirtschaft gegenüber, denn der weißrussische Rubel hat im 1. Halbjahr 1997 massiv abgewertet, und das trotz der — ausweislich des Rückgangs der Devisenreserven im 1. Vierteljahr — erheblichen staatlichen Interventionen zu seiner Stützung. Die Expansion von M3 läßt sich, neben der Ausweitung der Geldbasis, auf zwei Faktoren zurückführen. Erstens lösten die Geschäftsbanken, teilweise auf direkte Weisung der Regierung, einen großen Teil ihrer im letzten Vierteljahr 1996 angehäuften Überschußreserven auf. Der Anteil der Überschußreserven an der Geldbasis hat sich im 1. Vierteljahr 1997 halbiert (Tabelle 11). Zweitens sind in M3 Konten in ausländischer Währung enthalten, deren Rubelgegenwert sich im Zuge der deutlichen Abwertung des Rubels erhöhte (Tabelle 12).

Gravierender noch als die verstärkt expansive Ausrichtung der Geldpolitik ist die Tatsache, daß marktwirtschaftliche Koordinations-

mechanismen weiter zugunsten zentraler Planung zurückgedrängt worden sind. Die Nationalbank gewährte ausgewählten Geschäftsbanken Kredite zu real negativen Zinsen, verbunden mit der Weisung, diese Kredite an bestimmte Sektoren und Unternehmen zu ebenfalls subventionierten Konditionen weiterzureichen.⁹ Inzwischen unterliegen gut 95 vH der Rubelkredite der Zentralbank an die Geschäftsbanken einer solchen Zweckbindung;¹⁰ im Jahr 1995 waren dies noch 20 vH, 1996 bereits 88 vH.

Das Ausmaß der über die Geldpolitik gewährten Subventionen läßt sich zum einen daran ablesen, daß die zweckgebundenen Kredite in den ersten fünf Monaten 1997 gemessen am Bruttoinlandsprodukt 3,5 vH erreichten. Zum anderen ist das Ausmaß der Subventionen an den gewährten Realzinsen zu ermessen. Der allgemeine monatliche Refinanzierungszinssatz liegt seit November 1996, mit einer kurzen Unterbrechung im März 1997, unterhalb der Inflationsrate. Die Zinsen auf zweckgebundene Kredite liegen noch deutlich unter dem allgemeinen Refinanzierungssatz (Schaubild 1). Der effektive Refinanzierungssatz lag damit im 1. Halbjahr real und auf Jahresbasis bei fast -50 vH.¹¹ Ähnliches gilt für die durchschnittlichen Kreditzinsen der Geschäftsbanken. Im Ergebnis verhinderte die Geldpolitik, daß die Zin-

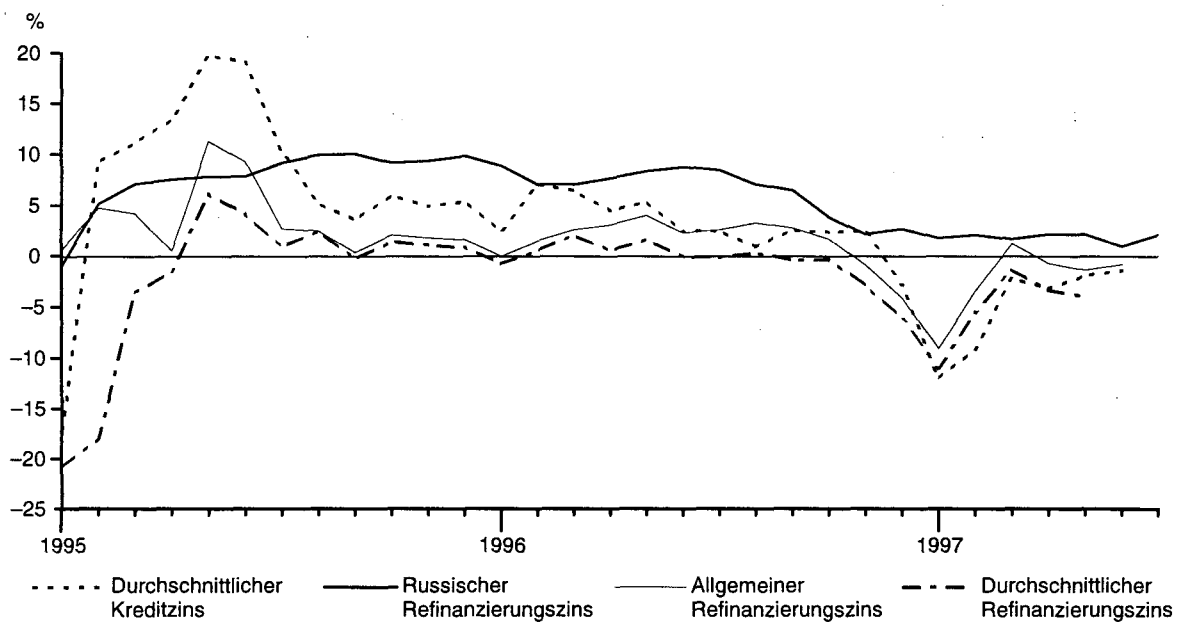
Tabelle 12 – Zusammensetzung der erweiterten Geldmenge M3 in den Jahren 1996 und 1997 (vH)^a

	1996				1997	
	I	II	III	IV	I	II
Bargeldumlauf	21	26	23	23	21	21
Sicht- und Spareinlagen in einheimischer Währung	53	49	54	53	48	48
Fremdwährungskonten	26	25	24	24	32	30

^aAbweichungen von 100 vH durch Runden der Zahlen.

Quelle: IMF (1997), Tacis European Expertise Service *Belarus Economic Trends. Monthly Update* sowie ... *Quarterly Update* (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen des Ministeriums für Statistik und Analyse, eigene Berechnungen.

Schaubild 1 – Monatliche Realzinssätze 1995–1997^a



^aDeflationiert mit dem Verbraucherpreisindex, Periodenendwerte.

Quelle: IMF (1997), Tacis European Expertise Service *Belarus Economic Trends. Monthly Update* sowie ... *Quarterly Update* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

sen ihre Funktion als Signale für eine effizienzorientierte Ressourcenallokation erfüllen konnten. Außerdem trug die Geldpolitik dazu bei, daß die Budgetrestriktionen weiterhin weich blieben, so daß Unternehmen und Banken kaum einen Anreiz hatten, sich umzustrukturieren.

Darüber hinaus unterminierte die Geldpolitik auch die Stabilität des weißrussischen Bankensektors. Die gelenkten Zentralbankkredite wurden fast nur an zwei — staatlich kontrollierte — Banken vergeben. Die übrigen Banken hatten dagegen kaum noch Refinanzierungsmöglichkeiten. Da bei der Vergabe der gelenk-

ten Kredite nur politische Prioritäten, nicht aber die Bonität der Kreditnehmer eine Rolle spielten, wird ein großer Teil der ausstehenden Kredite nicht oder nicht fristgerecht bedient. Die finanzielle Situation des Bankensystems verschlechterte sich rapide. Die Gewinne und die Kapitaldeckungsquotienten sind im 1. Halbjahr 1997 erheblich zurückgegangen. Auch die tatsächlichen Verlustrückstellungen blieben immer weiter hinter den gesetzlich vorgeschriebenen zurück. Die Zentralbank hat inzwischen einige kleinere Banken unter Zwangsverwaltung gestellt und bei einigen ein Liquidations-

verfahren eingeleitet. Solange aber das Bankensystem nur als Vehikel für staatliche Subventionen eingesetzt wird, kann eine systematische

Lösung der strukturellen Probleme des Bankensektors nicht gelingen.

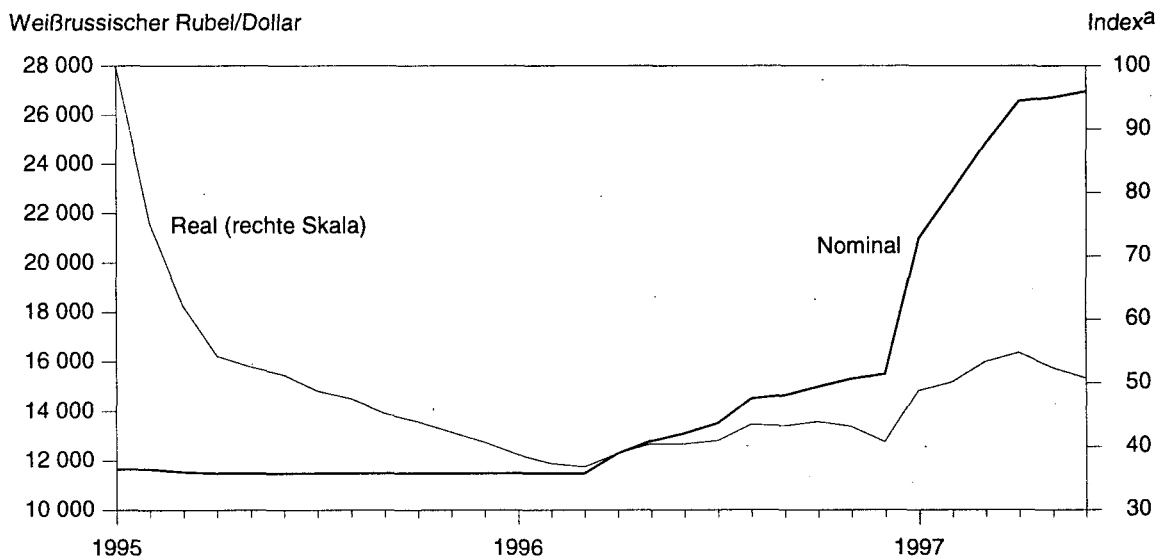
VI. Wechselkurspolitik

Die Wechselkurspolitik befindet sich in einem fortgesetzten Konflikt mit der Geldpolitik. Während die Geldpolitik expansiv ausgerichtet ist, bemüht sich die Regierung um eine Stabilisierung des nominalen Wechselkurses. Dies hat zu einer erheblichen realen Überbewertung der Währung und zu ernststen Zahlungsbilanzproblemen geführt. Die Regierung hat darauf mit administrativen Beschränkungen am Devisenmarkt reagiert.¹² Mit der verstärkten monetären Expansion des Jahres 1997 haben die Probleme zunächst an Schärfe zugenommen. Die Währungsreserven, die sich in Rubel gerechnet bereits im 4. Vierteljahr 1996 netto fast halbiert hatten, fielen bis zum Februar auf den niedrigsten Stand seit 1994.¹³ Die Regierung hat daher ihre Stabilisierungsbemühungen beim Wechsel-

kurs vorübergehend aufgegeben und eine nominale Abwertung gegenüber dem US-Dollar von 60 vH im 1. Vierteljahr 1997 und insgesamt 74 vH im 1. Halbjahr zugelassen (Schaubild 2). Im gleichen Zeitraum gab der weißrussische Rubel gegenüber dem russischen Rubel um 63 vH nach. Zwar haben sich die Reserven in der Folge wieder mehr als vervierfacht, gemessen an den Importausgaben sind sie jedoch weiterhin sehr gering.

Die massive nominale Abwertung schlug sich zunächst in einer gewissen Korrektur des realen Wechselkurses nieder. Da die Geldpolitik jedoch verstärkt expansiv ausgerichtet war und die Inflation im 1. Halbjahr 1997 erheblich über der des Vorjahres lag, reichte die Korrektur nicht aus, um die reale Überbewertung zu

Schaubild 2 – Wechselkurs des weißrussischen Rubels zum US-Dollar



^aRealer Wechselkurs berechnet auf Grundlage der weißrussischen Verbraucherpreise. Anstieg = reale Abwertung; Januar 1995 = 100; Periodenendwerte.

Quelle: IMF (1997), Ministerstvo Statistiki i Analiza *Statističeskij bjulleten'* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

beseitigen. Seit Juni 1997 sind sogar wieder reale Aufwertungstendenzen festzustellen. Ein Indikator für die fortbestehende Überbewertung ist die Differenz zwischen den offiziellen Kursen in Minsk und dem Marktkurs an der Moskauer Währungsbörse. So lag der offizielle Dollarkurs Anfang August in Minsk bei 27 180 weißrussischen Rubeln, der Kurs in Moskau aber bei etwa 35 000. In dem Versuch, den

überbewerteten Kurs weiter zu stützen, hat die Regierung zur Jahresmitte die bestehende Ablieferungspflicht für Deviseneinnahmen de facto noch einmal verschärft, indem sie zwar die bestehende Umtauschpflicht (zum offiziellen Kurs) für Deviseneinnahmen von 50 auf 30 vH reduzierte, gleichzeitig aber sämtliche bis dahin bestehenden Ausnahmeregelungen aufhob.

VII. Außenwirtschaft

Ein Kennzeichen der außenwirtschaftlichen Entwicklung in den letzten zwölf Monaten war die stetige Verschlechterung der Zahlungsbilanz (Tabelle 13). So erreichte das Handelsbilanzdefizit (allerdings nicht saisonbereinigt) im 1. Halbjahr 1997 bereits einen Wert, der et-

wa 70 vH des Niveaus für das gesamte Jahr 1996 ausmachte (Tabelle 14). Vor allem gegenüber den GUS-Staaten fiel diese Verschlechterung überproportional stark aus. Dies ist auch ein Ausdruck abnehmender Wettbewerbsfähigkeit gegenüber GUS-Staaten.

Tabelle 13 – Zahlungsbilanz 1994–1997 (Mill. US-Dollar)^a

	1994	1995	1996	1. Vj. 1996	1. Vj. 1997
Saldo des Außenhandels	-710	-529	-1 336	-363	-600
Exporte	2 641	4 621	5 404	1 276	1 270
Importe	-3 351	-5 149	-6 739	-1 639	-1 870
Saldo der Nicht-Faktor-Dienstleistungen	52	262	430	70	86
Einnahmen	-	613	740	-	133
Ausgaben	-	-352	-310	-	-47
Saldo der Faktor-Dienstleistungen	-33	-66	-65	-13	-14
Einnahmen	0	1	1	0	0
Ausgaben	-33	-67	-66	-13	-14
Transfers	50	79	62	11	17
<i>Saldo der Leistungsbilanz</i>	-641	-254	-909	-294	-360
Kapitaltransfers	0	7	47	13	15
Sonstiger Kapitalverkehr	790	75	386	154	110
Direktinvestitionen	11	7	75	12	52
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	193	79	39	5	1
Kurzfristiger Kapitalverkehr	586	-10	273	137	-18
<i>Saldo der Kapitalverkehrsbilanz</i>	790	83	434	167	76
<i>Statistisch nicht aufliegende Transaktionen</i>	-410	-41	182	40	179
<i>Finanzierung</i>	261	212	294	87	105
Nettoauslandsposition des Bankensystems ^b	-138	8	48	-1	36
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF	0	180	0	0	0

^aIn Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. Handelsdaten für das Jahr 1996 enthalten nicht die Ausfuhr von Waffen in Höhe von 370 Mill. Dollar (Taxis 1997b). Ebenfalls im Jahr 1996 (4. Vierteljahr) nicht enthalten ist das Begleichen von noch offenen Rechnungen für RAO Gazprom-Lieferungen durch unverkaufte Produkte aus Belarus in Höhe von 840 Mill. Dollar. — ^b „-“ bedeutet Zunahme der Nettoauslandsforderungen.

Quelle: Unveröffentlichte IMF-Daten, eigene Schätzungen.

Tabelle 14 – Außenhandel nach wichtigen Ländern und Ländergruppen 1993–1997 (Mill. Dollar)

	1993	1994	1995	1996	1. Hj. 1997	Jahresdurchschnittl. Wachstum (vH) 1993–1996
	<i>Exporte</i>					
<i>Insgesamt</i>	2 812	2 641	4 621	5 404	2 992	24,3
GUS-Staaten	2 023	1 609	2 845	3 588	2 052	21,1
darunter:						
Rußland	1 307	1 260	2 022	2 857	1 758	29,8
Ukraine	423	267	594	475	215	3,9
Kasachstan	78	27	75	82	28	1,7
Andere	215	55	154	174	51	-6,8
Nicht-GUS-Staaten	789	1 032	1 776	1 816	940	32,0
darunter:						
Europa	512	707	1 374	1 398	618	39,8
Österreich	27	17	18	15	8	-17,8
Deutschland	98	155	268	198	108	26,4
Italien	26	32	61	57	30	29,9
Polen	86	104	271	325	113	55,8
Schweiz	27	40	8	20	12	-9,5
Türkei	31	29	34	30	17	-1,1
Andere	217	330	715	752	330	51,3
Vereinigte Staaten	39	55	58	61	27	16,1
Andere Nicht-GUS-Staaten	238	270	344	357	296	14,5
	<i>Importe</i>					
<i>Insgesamt</i>	3 863	3 351	5 149	6 739	3 911	20,4
GUS-Staaten	2 744	2 376	3 262	4 370	2 636	16,8
darunter:						
Rußland	2 151	2 128	2 627	3 354	2 087	16,0
Ukraine	306	172	508	866	458	41,5
Kasachstan	157	39	50	54	28	-30,0
Andere	130	37	77	96	63	-9,6
Nicht-GUS-Staaten	1 119	975	1 887	2 369	1 276	28,4
darunter:						
Europa	893	744	1 582	1 947	936	29,7
Österreich	39	36	45	55	25	12,1
Deutschland	369	299	424	601	303	17,7
Italien	18	19	83	111	66	83,4
Polen	94	112	197	195	96	27,5
Schweiz	53	23	17	38	21	-10,5
Türkei	23	10	8	17	8	-9,6
Andere	297	245	808	931	416	46,4
Vereinigte Staaten	87	51	97	152	66	20,4
Andere Nicht-GUS-Staaten	139	180	208	271	275	24,9
	<i>Handelsbilanzen (Exporte–Importe)</i>					
<i>Insgesamt</i>	-1 051	-710	-528	-1 335	-919	
GUS-Staaten	-721	-767	-417	-782	-584	
darunter:						
Rußland	-844	-868	-605	-497	-329	
Ukraine	117	95	86	-391	-243	
Kasachstan	-79	-12	25	28	-0	
Andere	85	18	77	78	-12	
Nicht-GUS-Staaten	-330	57	-111	-553	-336	
darunter:						
Europa	-381	-37	-208	-549	-318	
Österreich	-12	-19	-27	-40	-17	
Deutschland	-271	-144	-156	-403	-195	
Italien	8	13	-22	-54	-36	
Polen	-8	-8	74	130	17	
Schweiz	-26	17	-9	-18	-10	
Türkei	8	19	26	13	9	
Andere	-80	85	-93	-179	-86	
Vereinigte Staaten	-48	4	-39	-91	-39	
Andere Nicht-GUS-Staaten	99	90	136	86	21	

Quelle: Unveröffentlichte IMF-Daten, eigene Schätzungen.

Die Angaben über die Finanzierung des offiziell ausgewiesenen Leistungsbilanzdefizits sind extrem ungenau; rund die Hälfte der Finanzierung stellen statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen dar. Im Jahr 1996 war ein Großteil des Defizits zunächst durch Lieferantenkredite (Gazprom) finanziert worden, die dann durch Lieferungen weißrussischer Waren in Form von Bartergeschäften zu unbekanntem Preisabschlag getilgt wurden. Somit dürften die offiziellen Exportzahlen die tatsächliche Entwicklung nicht korrekt nachzeichnen, da weißrussische Exporte nicht nur wegen des Gazprom-Tauschhandels unterschätzt werden. Da über das Ausmaß nichtregistrierter Exporte — wie auch über Kapitalimporte — keine zuverlässigen Zahlen vorliegen, kann nur vermutet werden, daß die tatsächliche Zahlungsbilanz weniger defizitär ist. Zudem konnten im letzten Jahr Exporte von konventionellen Waffen und Waffensystemen um etwa das Zwanzigfache ausgeweitet und damit offenbar Einnahmen in Höhe von 370 Millionen Dollar (knapp 7 vH der Gesamtexporte) erzielt werden.¹⁴ Allerdings sind diese Exporte nicht in den offiziellen Daten enthalten, und es ist noch ungeklärt, ob diese Geschäfte im Tauschhandel oder gegen direkte Zahlungen in harten Währungen abgewickelt wurden. Angesichts des völlig fehlenden Zugangs zum internationalen Kapitalmarkt liegt die Vermutung nahe, daß sich die Finanzierung des offiziellen Leistungsbilanzsaldos 1997 ähnlich darstellt.¹⁵

Im Jahr 1997 sind die Beratungen über eine Aufnahme Weißrußlands in die WTO fortgesetzt worden. Nach der Sitzung der „Working Party“ im Juni wurden die sich daraus ergebenden Fragen Belarus zugeleitet. Neben der Landwirtschaft betreffen sie vornehmlich Probleme, die im Zusammenhang mit den vielen noch nicht privatisierten Staatsbetrieben und Subventionen stehen. Darüber hinaus gibt es auch größere Schwierigkeiten bei den zur Verfügung stehenden statistischen Daten, die noch nicht den Anforderungen der WTO genügen. Auch bei Vorliegen weißrussischer Antworten ist keineswegs damit zu rechnen, daß die geplante Dezember-Sitzung der „Working Party“ eine Mitgliedschaft verabschiedet. Derzeit stehen re-

gulierende Eingriffe, die auf Seiten Weißrußlands ergriffen wurden, einer schnellen Einigung entgegen.

Anzeichen für regulierende Eingriffe auf weißrussischer Seite sind Versuche der Regierung, private außenwirtschaftliche Transaktionen stärker zu kontrollieren. So wurden im Sommer 1997 zur „Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen“ die Strafen für natürliche wie juristische Personen bei Verstößen gegen die Bestimmungen über Außenhandelstransaktionen und über Preisbildung sowie bei Nichterfüllung der sogenannten Staatsaufträge und bei „unsachgemäßer Verwendung“ von Krediten drastisch erhöht (*Belorusskij rynok* 1997). Auch haben die Geschäftsbanken, die als „Agent der Devisenkontrolle“ bezeichnet werden, bei Nichterfüllung ihrer Aufgabe eine hohe Geldstrafe zu zahlen. Die im einzelnen genannten Straftatbestände weisen teilweise erhebliche Interpretationsspielräume auf. Es ist daher vor dem Hintergrund vergangener Erfahrungen zu befürchten, daß die neuen Bestimmungen von dem für die Feststellung einer Straftat und die Festlegung der Strafhöhe zuständigen „Komitee der staatlichen Kontrolle im Bereich der Wirtschaft“ zuungunsten insbesondere der privaten Unternehmen ausgelegt werden. Außerdem werden im Außenhandel Geldstrafen für nicht termingerechte Zahlungseingänge aus Exportgeschäften verhängt.

Mit der Schaffung einer Zollunion zwischen Belarus, Rußland, Kasachstan und Kirgistan können weitere Schwierigkeiten für die WTO-Beitrittsverhandlungen entstehen. Infolge der Vereinbarungen über die Zollunion wurden im März 1997 etwa 40 vH der Zollsätze in Belarus erhöht, um sie dem russischen Niveau anzupassen. Trotzdem brachte die Entscheidung eine gewisse Liberalisierung mit sich, da der höchste Zollsatz von bis zu 100 auf 30 vH reduziert wurde (der gewichtete Durchschnittszollsatz wird jetzt auf 12,5 vH geschätzt). Dennoch wurde zwischen Rußland und Belarus in den meisten Fällen keine Harmonisierung der externen Zollsätze erreicht, dafür wurde allerdings der Freihandel zwischen Belarus, Rußland, Kasachstan und Kirgistan nahezu vollendet. Grundsätzlich werden die WTO-Verhandlungen

gen mit allen vier Ländern unabhängig voneinander geführt. Sollte zunächst nur ein Teil der Länder WTO-Mitglied werden — und dies ist höchst wahrscheinlich —, muß von ihnen für die weitere Mitgliedschaft in der Freihandelszone eine Sondergenehmigung¹⁶ von der WTO eingeholt werden (Lücke 1995: 178). So wie die Verhandlungen gegenwärtig laufen, dürfte allerdings eher Rußland diese Sondergenehmigung beantragen müssen, denn die Verhandlungen mit Belarus scheinen mit größeren Problemen belastet zu sein. Es wäre sicherlich für Belarus ratsam, möglichst schnell und effektiv die bestehenden Handelsbarrieren und nicht-WTO-konformen Regelungen zu eliminieren, die einer WTO-Mitgliedschaft im Wege stehen. Denn dadurch wird eine größere Planungssicherheit gewährleistet, die ausländische Investoren durchaus als Anreiz betrachten könnten, in dem Land zu investieren. Eine Verbesserung in diesem Bereich würde nicht nur der Zah-

lungsbilanz zugute kommen, sondern natürlich auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Versuche seitens Belarus, traditionelle Exportprodukte (z.B. Düngemittel oder Textilwaren) in Märkten wie der EU verstärkt abzusetzen, wurden in den letzten Jahren nicht selten durch quasi-protektionistische Maßnahmen erschwert: Gleich dreimal seit 1990 wurden von der EU Antidumpingverfahren gegen traditionelle Exportprodukte aus Belarus eingeleitet.¹⁷ Da Belarus als Staatshandelsland eingestuft wird, wird von der EU von vornherein ausgeschlossen, daß eine Marktpreisbildung in Belarus stattfindet. Dies hat zur Folge, daß Marktpreise auf Drittmärkten erhoben und diese als Vergleichsgrößen für die Feststellung einer Dumpingspanne eingesetzt werden. Belarus könnte sicherlich solche Verfahren vermeiden, wenn es möglichst schnell seine Marktreformen vorantreiben würde.¹⁸

VIII. Ordnungspolitik

Der Widerstand gegen Reformen spiegelt sich am deutlichsten auf ordnungspolitischem Gebiet wider: Hier gab es im bisherigen Jahresverlauf 1997 — ebenso wie im Vorjahr — keinerlei Anzeichen für eine Einleitung der notwendigen Reformen. Teilweise sind sogar Rückschritte zu beobachten. Diese betreffen insbesondere das ohnehin ungünstige Umfeld für den privaten Sektor, der sich unter den schlechten Rahmenbedingungen bislang nur schwer entfalten konnte. Insgesamt tragen privatisierte und neugegründete private Unternehmen nicht mehr als 15–20 vH zum BIP bei.¹⁹

Hauptursache der schleppenden Privatisierung im Unternehmenssektor ist der fehlende politische Wille von Regierung und Präsident. Nachdem in den Vorjahren die Zielvorgaben der Privatisierungsprogramme nie realisiert wurden, gab es 1997 noch nicht einmal ein Programm, sondern lediglich einen ersten Entwurf.²⁰ Das weitere Vorgehen in der Privatisierung soll nun per Dekret des Präsidenten geregelt werden. Bis September 1997 lag allerdings nur ein De-

kretenwurf vor, der zudem keine konkreten Vorgaben hinsichtlich der Zahl der zu privatisierenden Unternehmen beinhaltet (*vwd-Rußland* vom 8. September 1997: 4).

Zu einem nahezu vollständigen Stillstand ist es bei der Voucherprivatisierung gekommen.²¹ Als nach mehrmaliger Verlängerung die Antragsfrist auf Zuteilung von Privatisierungsschecks zum 1. Juli 1997 endete, hatten 74 vH der hierzu berechtigten Personen einen Antrag gestellt (*Belorusskij rynok* Nr. 30 aus 1997: 13). Lediglich 62 vH der berechtigten Bürger hatten zur Jahresmitte 1997 ihre Privatisierungsschecks tatsächlich erhalten. Von diesen hat bislang noch nicht einmal ein Drittel die Schecks auf Privatisierungsauktionen eingesetzt. Dies ist weniger auf das geringe Interesse der Bevölkerung an der Privatisierung zurückzuführen. Vielmehr bietet der Staat als Eigentümer im Rahmen der Voucherprivatisierung eine nur geringe Anzahl von Aktien an seinen zu privatisierenden Unternehmen an.

An dem bisher gezeichneten Bild ändern die offiziell ausgewiesenen Zahlen über die Privatisierung (Tabelle 15) grundsätzlich nichts. Wie in den Vorjahren wurde auch im bisherigen Jahresverlauf 1997 häufig nur eine Rechtsformtransformation vorgenommen, d.h. eine Umwandlung von Unternehmen in überwiegend staatseigene Kapitalgesellschaften. An Belegschaften und bisherige Pächter, meist ebenfalls frühere Arbeitnehmer, gingen 8 vH der verkauften Unternehmen. Über ein Drittel wurde auf Auktionen versteigert oder durch Direktverkauf privatisiert. Der mangelnde Privatisierungsfortschritt zeigt sich nicht zuletzt daran, daß nach grober Schätzung bislang nur ein Viertel der Staatsunternehmen privatisiert bzw. umgewandelt wurde und in diesen Unternehmen lediglich 12 vH der Erwerbstätigen beschäftigt sind.

Unternehmensexterne und strategische Investoren spielten bei der Privatisierung offenbar keine große Rolle. Damit wird die Privatisierung dort, wo sie stattfindet, von Insidern und wenig kapitalkräftigen Käufern dominiert. Bezüglich Unternehmenskontrolle und Kapitalzufluß sind deshalb eher negative Effekte zu erwarten. Vor allem wird die nahezu zum Still-

stand gekommene Restrukturierung der Unternehmen nicht forciert werden. Ein entscheidender Impuls zur Ankurbelung der Investitionen und für den notwendigen Strukturwandel wird von den privatisierten Unternehmen nicht ausgehen.

Fortschritte in der Privatisierung gab es allenfalls bei den meist kleinen Betrieben des Handels- und Dienstleistungssektors. In diesen beiden Sektoren wurden auf kommunaler Ebene weitaus mehr Unternehmen privatisiert bzw. umgewandelt als auf Republiksebene.²² So hatten sich von den seit 1991 insgesamt privatisierten bzw. umgewandelten Unternehmen über 70 vH vormals in kommunalem Eigentum befunden (Tabelle 15).²³

Die Entwicklung des privaten Sektors wird neben der schleppenden Privatisierung zusätzlich durch Hemmnisse für private Neugründungen und bereits operierende Privatbetriebe behindert. Eine der ordnungspolitisch zweifelhaften Maßnahmen war die im Februar 1996 angelaufene Neuregistrierung von Unternehmen.²⁴ Die Registrierung sollte ursprünglich Anfang 1997 abgeschlossen sein, wurde dann aber erst im Juli 1997 per Präsidialdekret rückwirkend

Tabelle 15 – Zahl privatisierter und umgewandelter Unternehmen nach Privatisierungsverfahren 1991–1997

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1 Hj. 1997 ^a	Insgesamt
Privatisierte und umgewandelte Unternehmen	61	190	244	632	468	526	308	2 429
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	} 25	408
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0		137
Direktverkauf, Auktion	11	52	92	251	172	208	104	890
Sonstige Verkäufe	–	–	–	–	–	39	47	86
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	4	71	217	260	221	132	908
davon:								
Republikseigentum	19	32	140	184	53	136	147	711
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	} 1	108
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0		25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0	23
Sonstige Verkäufe	–	–	–	–	–	39	47	86
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	92	99	469
Kommunales Eigentum	42	158	104	448	415	390	161	1 718
Privatisiert durch:								
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	24	300
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	208	104	867
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	129	33	439

^aVorläufig.

Quelle: *Belorusskij rynok* Nr. 31 aus 1996: 14, Nr. 5 aus 1997: 7 und Nr. 29 aus 1997: 21 sowie Arbeitsunterlagen des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus.

Tabelle 16 – Umgewandelte und privatisierte Unternehmen nach Wirtschaftszweigen 1991–1997 (Anteile in vH)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1. Hj. 1997 ^a	Insgesamt ^a
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Industrie	37,7	18,4	28,3	10,0	3,6	6,8	14,3	11,8
Bauwirtschaft	11,5	4,7	12,3	6,8	1,1	5,1	6,8	5,8
Landwirtschaft	1,6	0,0	4,9	7,6	47,2	24,0	10,7	18,2
Transport	0,0	0,0	3,7	1,6	0,2	4,9	7,1	2,8
Handel und Dienstleistungen	44,3	65,3	26,6	57,1	38,9	47,7	41,6	46,9
Sonstige	4,9	11,6	24,2	16,9	9,0	11,4	19,5	14,5
Republikseigentum	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Industrie	63,2	71,9	48,6	31,5	28,3	26,5	29,9	36,0
Bauwirtschaft	26,3	12,5	20,0	21,7	5,7	17,6	12,2	17,2
Landwirtschaft	5,3	0,0	6,4	4,9	50,9	16,9	8,8	11,5
Transport	0,0	0,0	6,4	5,4	1,9	19,1	15,0	9,6
Handel und Dienstleistungen	5,3	9,4	1,4	20,7	5,7	4,4	2,7	8,0
Sonstige	0,0	6,3	17,1	15,8	7,5	15,4	31,3	17,7
Kommunales Eigentum	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Industrie	26,2	7,6	1,0	1,1	0,5	0,0	0,0	1,8
Bauwirtschaft	4,8	3,2	1,9	0,7	0,5	0,8	1,9	1,2
Landwirtschaft	0,0	0,0	2,9	8,7	46,7	26,4	12,4	20,9
Handel und Dienstleistungen	61,9	76,6	60,6	72,1	43,1	62,8	77,0	62,9
Sonstige	7,1	12,7	33,7	17,4	9,2	10,0	8,7	13,2

^aVorläufig.

Quelle: *Belorusskij rynek* Nr. 5 aus 1997: 7 und Nr. 29 aus 1997: 21 sowie Arbeitsunterlagen des Wirtschaftsministeriums der Republik Belarus.

zum April für beendet erklärt (*Belorusskij rynek* Nr. 27 aus 1997: 2). Anträge auf Registrierung, die zwischen April und Juli gestellt wurden, sind nicht mehr berücksichtigt worden. Die betroffenen Antragsteller, darunter auch ausländische und gemeinschaftliche Unternehmen, dürfen daher ihre Geschäftstätigkeit nicht fortsetzen. Ebenfalls ihre Tätigkeit einstellen müssen jene Unternehmen, denen eine Registrierung verweigert wurde, wobei die Verweigerung teilweise auf Gründen wie mangelnde statistische Berichterstattung und Nichtzahlen von Steuern beruhte. Wie viele Unternehmen hiervon betroffen sind, ist zwar nicht genau bekannt.²⁵ Festzuhalten ist jedoch, daß es im Zuge der Neuregistrierung auch zu Liquidationen von Unternehmen in guter wirtschaftlicher Lage kam. Grundsätzlich erhöhen Maßnahmen wie die Neuregistrierung und die dabei getroffenen Ad-hoc-Entscheidungen die Unsicherheit für die Wirtschaftssubjekte.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wurden, abgesehen von der Neuregistrierung, auch in ihrer laufenden Geschäftstätigkeit behindert. Im Widerspruch zu den tatsächlichen Gegebenheiten wird von der Regierung erklärt, daß die Unterstützung der KMU ein wichtiges

Ziel sei. Laut Programm zur Förderung der KMU sollen 1997 mindestens 300 Mrd. weißrussische Rubel aus dem Republikshaushalt bereitgestellt werden; eine Aufstockung dieses Betrags u.a. mit Privatisierungserlösen ist vorgesehen (*Sobranie dekretov* 1997c). Ordnungspolitisch sinnvoller als derartige staatliche Finanzierungsprogramme ist die Deregulierung der Märkte und Preise.

Ordnungspolitisch bedenklich entwickeln sich auch die Eingriffe auf dem Arbeitsmarkt. Der Präsident dekretierte, daß eine Steigerung der Zahl der Arbeitslosen auf über 130 000 „unzulässig“ sei (*Sobranie dekretov* 1997a). Weiterhin wurde verfügt, daß Hochschulabgänger ihren künftigen Arbeitsplatz nicht frei wählen können, sondern zunächst für zwei Jahre eine vom Staat zugewiesene und vom Arbeitgeber nicht kündbare Stelle annehmen müssen (*Sobranie dekretov* 1997b; *Minsk Economic News* Nr. 13 aus 1997: 6). Außerdem wurde die Zahlung von Arbeitslosengeld von der Bereitschaft des Arbeitslosen, eine gemeinnützige Arbeit aufzunehmen, abhängig gemacht. Hierdurch ist die Zahl derjenigen, die sich als arbeitslos registrieren lassen, gesunken. Die offizielle Arbeitslosenstatistik spiegelt nicht die

tatsächliche Zahl der Arbeitslosen wider. Der Arbeitsmarkt ist nur ein weiteres Beispiel dafür, daß die Wirtschaft verstärkt durch planwirtschaftliche Methoden gelenkt wird.

Im Sommer 1997 wurde der Vertrag über die Union zwischen Weißrußland und Rußland von beiden Ländern ratifiziert. Im Rahmen des im Vorjahr geschlossenen Integrationsvertrags wurden zwar erste Maßnahmen für eine Annäherung u.a. auf ordnungspolitischem Gebiet eingeleitet. Dieser Prozeß verlief — abgesehen von der bereits bestehenden Zollunion — jedoch langsam. Der neue Unionsvertrag trägt der Verzögerung insoweit Rechnung, als er die ursprünglich ambitionierten Zielsetzungen einer vollständigen Integration nicht mehr beinhaltet. Im Rahmen der nun beschlossenen Union be-

halten die beiden Länder ihre staatliche Souveränität. Es wurde zunächst keine Währungsunion geschaffen. Anfang August brach die russische Zentralbank sogar die Verhandlungen mit der weißrussischen Nationalbank ab, nachdem die weißrussische Seite bestehende Vereinbarungen zur Währungspolitik nicht erfüllt hatte. Gleichwohl werden als ökonomische Aufgaben der Union weiterhin die Einführung einer gemeinsamen Währung sowie die Vereinheitlichung der Geld- und Fiskalpolitik unter Angleichung der Steuersysteme genannt.²⁶ Angesichts der größeren Fortschritte Rußlands auf ordnungspolitischem Gebiet wird die Schaffung gemeinsamer Rahmenbedingungen nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit Weißrußland seine Reformunwilligkeit überwindet.

IX. Zusammenfassung und Ausblick

Die drei Institute haben die in der Republik Belarus verfolgte Wirtschaftspolitik seit Jahren äußerst kritisch kommentiert. Einer marktwirtschaftlichen Politik laufen insbesondere die zahlreichen diskretionären Eingriffe in Wirtschaftsabläufe zuwider, wodurch Reformen verlangsamt und im Zweifel sogar zurückgenommen wurden. Kritisiert wurden die fehlenden Fortschritte bei der Privatisierung, der Mißbrauch des geldpolitischen Instrumentariums zur administrativen Lenkung der Volkswirtschaft und die verfehlte Wechselkurspolitik, die es stetig versäumte, der Überbewertung des weißrussischen Rubels ein Ende zu bereiten. Diese falsche wirtschaftspolitische Weichenstellung sahen die Institute als Ursache für den fortgesetzten Rückgang der wirtschaftlichen Leistung in den vergangenen Jahren. Sie kritisierten auch die geradezu fatalistische Hoffnung auf Hilfe aus Rußland, sei es in Form billiger Energie, Wiedererlangung alter Absatzmärkte oder direkter Finanzhilfen, um den wirtschaftlichen Rückgang aufzuhalten.

Nun meldet die weißrussische Statistik für das erste Halbjahr 1997 eine Steigerung des realen BIP um nicht weniger als 11 vH. Zwar existieren weiterhin unübersehbare statistische

Ungereimtheiten, gleichwohl muß von einer deutlichen Belebung des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus ausgegangen werden. Den entscheidenden Anstoß zu der erstaunlichen Wirtschaftsbelebung lieferte eine Wende in der Investitionstätigkeit. Waren die Investitionen noch 1996 absolut zurückgegangen, so expandierten sie im bisherigen Verlauf des Jahres 1997 nach letzten Zahlen mit einer Rate von 18 vH. An dieser auf den ersten Blick erfreulichen Entwicklung werden aber zugleich zahlreiche Probleme deutlich, die der vermeintlichen wirtschaftlichen Wende anhaften. Bei den gestiegenen Investitionen handelt es sich im wesentlichen um Bautätigkeit, vor allem im privaten Wohnungsbau. Dahinter wiederum verbergen sich extrem billige Kredite, die zu stark negativen Realzinsen (Kreditzinssatz von 5 vH bei einer Preissteigerungsrate von über 50 vH) zweckgebunden an Privatpersonen ausgereicht wurden. De facto handelt es sich um verlorene Baukostenzuschüsse, die auf dem Wege der Geldschöpfung finanziert wurden.

Eine solche Politik bedeutet einen Rückschritt zum Finanzsystems des Sozialismus und muß äußerst kritisch gesehen werden: Unter dem Aspekt der Effizienz sind die Allokations-

verzerrungen zu bemängeln, die sich aus der punktuellen Subventionierung eines einzelnen Wirtschaftsbereichs ergeben. Unter dem Aspekt der makroökonomischen Stabilisierung ist auf die inflationsbeschleunigende Wirkung zu verweisen. Über beide Probleme könnte möglicherweise hinweggesehen werden, wenn zu erwarten wäre, daß der monetäre Anstoß nicht verpufft, sondern in einen breiten Wachstumsprozeß einmündet. Eine wichtige Frage ist daher, ob die Rahmenbedingungen in Belarus geeignet sind, um den anfänglichen Impuls weiterzutragen und zu verstärken. Gerade hierfür fehlen aber nahezu sämtliche ordnungs- und prozeßpolitischen Voraussetzungen. Bezeichnenderweise sind gerade in der Bauwirtschaft, die von dem monetären Anstoß besonders begünstigt wurde, keinerlei induzierte Investitionen zu verzeichnen. Im Gegenteil, die Investitionstätigkeit ging gerade hier sowie auch in der Industrie weiter absolut zurück.

Eine genauere Analyse zeigt, daß fundamentale Probleme der weißrussischen Wirtschaft ungeachtet des gemeldeten Wachstums weiter ungelöst bleiben. Die Arbeitslosigkeit lag zwar nur wenig über 3 vH, zugleich jedoch verharrte die Unterbeschäftigung von Personen in formalen Arbeitsverhältnissen auf außerordentlich hohem Niveau. Die statistisch ausgewiesenen realen Geldeinkommen der Bevölkerung stiegen dennoch kräftig (um 10 vH), wobei der Anstieg der Reallöhne nur geringfügig hinter dem der Gewinne zurückblieb. Der offiziellen Statistik zufolge fiel der Zuwachs des privaten Verbrauchs noch höher aus.

Von den öffentlichen Haushalten ging keine stimulierende Wirkung aus. Der offizielle Staatshaushalt ist praktisch ausgeglichen. Die Aufgabe der Subventionierung wurde aber nicht mehr von der Finanzpolitik, sondern von der Geldpolitik übernommen, und zwar in Form zweckgebundener Kredite für den Wohnungsbau, aber auch für die Landwirtschaft. Offenbar hält die Regierung es für opportun, z.B. gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen, einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzuweisen. In der Substanz jedoch will sie von der alten Politik nicht lassen. Diesen Eindruck vermittelt auch der Fortgang der Privatisierung.

Ordnungspolitisches Leitbild bleibt der Sozialismus; im privaten Sektor sind nur wenig mehr als ein Zehntel der Erwerbstätigen beschäftigt. Auch aus diesem Grund wäre es verfehlt, in Belarus eine Variante von Wirtschaftsmodellen zu vermuten, die sich zwar der Marktwirtschaft, nicht aber der Demokratie verschrieben haben. In Belarus spielen weder Demokratie noch Marktwirtschaft eine tragende Rolle.

Für kleine Volkswirtschaften wie die Republik Belarus sind die außenwirtschaftlichen Gegebenheiten von zentraler Bedeutung. Die Entwicklungen auf diesem Gebiet, vor allem, wenn sie außerhalb der Reichweite der Wirtschaftspolitik liegen, können die ansonsten zu erwartenden Wirtschaftsabläufe bis zur Unkenntlichkeit überlagern. In Belarus wurde bis zuletzt eine Politik verfolgt, die eigentlich fällige Währungsabwertungen entweder überhaupt nicht oder zu spät vorgenommen hat, mit der Folge, daß eine anhaltende Überbewertung der Währung das Handelsbilanzdefizit anschwellen ließ und ein umfangreicher Schwarzmarkt für Devisen entstand. Gespaltene Wechselkurse kamen de facto auch dadurch zustande, daß beträchtliche Preisnachlässe im Barterhandel mit dem Hauptgläubigerland Rußland eingeräumt wurden. Mit solchen Einzelmaßnahmen versuchte die Regierung, die aus dem Ruder laufende Handelsbilanzentwicklung zu beherrschen. Tatsächlich scheinen nicht-registrierte Exporte nach Rußland, Waffenexporte in Drittländer und „debt-equity-swaps“ mit Rußland als unsichtbare Rettungsanker des Regimes zu fungieren.

Auch an diesen Entwicklungen wird die außerordentlich starke Abhängigkeit der Republik Belarus von der Russischen Föderation deutlich. Daher hängen sämtliche Prognosen in starkem Maße davon ab, inwieweit Rußland bereit ist, weiterhin die verfehltete Politik seines Nachbarlandes zu alimentieren. Die Aussichten hierfür scheinen immer schlechter zu werden.²⁷ Neben diesem Unsicherheitsfaktor sind bei einer Prognose auch die Vorbehalte gegenüber der sektoralen Struktur, den Ursachen und der Dauerhaftigkeit des jüngst zu beobachtenden Wirtschaftswachstums zu berücksichtigen. Die Institute rechnen für das laufende Jahr 1997

rein numerisch mit einer Wachstumsrate über dem offiziellen Planziel von 5 vH, jedoch noch im einstelligen Bereich. Was die Geldwertstabilität betrifft, so werden sich einerseits die inflationären Impulse aus der Geld- und Kreditpolitik, andererseits aber die statistisch preisdämpfenden Effekte der administrativen Preiskontrollen auswirken. Die offizielle Geldentwertungsrate wird nach Einschätzung der Institute 1997 über eine Jahresrate von 60 vH hinausgehen. Für 1998 ist bereits jetzt absehbar, daß die Preisniveauentwicklung zum einen von der unvermeidlichen Abwertung des weißrussi-

schen Rubels beeinflußt werden wird, und zwar auch dann, wenn diese Abwertung wieder verspätet vorgenommen werden sollte. Zum anderen wird eine mindestens teilweise Monetisierung der bereits vorhandenen Zahlungsrückstände und der laufenden Ausgaben zu verzeichnen sein. Daher rechnen die Institute mit einer ähnlich hohen Geldentwertungsrate wie im laufenden Jahr. Da keine Anzeichen zu erkennen sind, daß der erfolgte monetäre Anstoß in einen breiten Wachstumsprozeß einmündet, ist mit einer neuerlichen Stagnation oder sogar einem leichten Rückgang des BIP zu rechnen.

Endnoten

- 1 Von den öffentlichen Haushalten und dem Außenhandel (netto) ging dagegen keine stimulierende Wirkung aus. Siehe die Abschnitte IV und VII.
- 2 Vgl. zu den Anteilen Ministerstvo Statistiki i Analiza (1997f: 163 f.).
- 3 Laut Vizepremier Prokopovič, zit. nach *Belorusskaja delovaja gazeta* vom 14. September 1997: 5. Präsident Lukaschenko empfahl eine generelle Rückkehr zu administrativen Preiskontrollen (*Minsk Economic News* Nr. 17 aus 1997: 2, 5).
- 4 Vgl. dazu Abschnitt 9.1 in *Osnovnye napravlenija social'no-ekonomičeskogo razvitija Respubliki Belarus' na 1996–2000 gody*, Minsk, oktjabr' 1996 g., bestätigt mit Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 464 vom 14. November 1996: „Ob utverždenii Osnovnyh napravlenij social'no-ekonomičeskogo razvitija Respubliki Belarus' na 1996–2000 gody“.
- 5 Ministerstvo Statistiki i Analiza (1997c: 65) sowie Unterlagen der weißrussischen Regierung.
- 6 So werden zur Finanzierung des Wohnungsbaus auf der Grundlage eines Präsidialerlasses Kredite mit einer Laufzeit von 40 Jahren zu einem Jahreszins von 5 vH vergeben. Zahlreiche Präsidialerlasse sehen eine präferentielle Kreditvergabe an den Agrarsektor vor. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1997 sollen nach Unterlagen des IWF an die Landwirtschaft derartige Kredite in der Größenordnung von 1,6 vH des BIP geflossen sein.
- 7 In den ersten fünf Monaten lag die Nettokreditaufnahme des Staates bei der Zentralbank bei etwa 0,5 vH des BIP.
- 8 Beide Posten des konsolidierten Haushalts werden in der Tabelle vorrangig (zu etwa 65 bzw. 69 vH) von den nachgeordneten Gebietskörperschaften finanziert, daher weicht die Ausgabenstruktur des konsolidierten Haushalts von der des geplanten Republikshaushalts deutlich ab.
- 9 Mit einem Anteil von etwa 80 vH an den zweckgebundenen Krediten profitieren vor allem die Land- und die Bauwirtschaft von dieser Politik.
- 10 Für die in ausländischer Währung gewährten Kredite liegen keine diesbezüglichen Informationen vor.
- 11 Zum Vergleich: Der russische Refinanzierungszinssatz lag im gleichen Zeitraum real bei etwa 20 vH. Im Juli erreichte der allgemeine weißrussische Refinanzierungszinssatz wieder einen real positiven Wert. Am 20. August 1997 wurde daraufhin der nominale Refinanzierungszinssatz um 4 Prozentpunkte auf 38 vH gesenkt.
- 12 Dazu gehören die Pflicht, einen Teil der Deviseneinnahmen an die Zentralbank abzuliefern, sowie administrative Eingriffe in die Preisbildung am Interbankenmarkt (DIW et al. 1997).
- 13 Die Netto-Reserven entsprachen damit nur noch den Ausgaben für Nicht-GUS-Importe weniger Tage. Auch die Brutto-Reserven deckten nur noch die Importausgaben weniger Wochen.
- 14 Etwas weniger als die Hälfte dieses Betrags kann einer Lieferung von 12 MIG-29 Kampffjets nach Peru zugerechnet werden. Auch eine nennenswerte Anzahl von gebrauchten T-72 Panzern (mehr als 120) wurden ausgeführt. Abnehmer für diese Waffen waren hauptsächlich Ungarn aber auch Nordkorea und Oman. Unterschiede zwischen den oben erwähnten 370 Millionen Dollar (aus weißrussischen Quellen) und 200 Millionen Dollar aus der SIPRI-Datenbank (<http://www.sipri.se>) sind wahrscheinlich auf methodische Faktoren zurückzuführen.
- 15 Zwar sind die ausländischen Direktinvestitionen in Belarus 1996 stark angestiegen. Dieser Anstieg fand allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus statt und ist nicht auf eine Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen zurückzuführen.
- 16 „Waiver“ entsprechend Artikel XXV in GATT (1994).
- 17 Vgl. hierzu Kommission (lfd. Jgg.). Am 31. Oktober 1990 wurde gegen Rußland, die Ukraine und Belarus ein Antidumpingverfahren bezüglich der Einfuhr von Kaliumchloridprodukten eingeleitet. Am 14. November 1992 wurde gegen Belarus, Georgien, Litauen, Rußland, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan ein Antidumpingverfahren bezüglich der Einfuhr von Ammoniumnitratprodukten eingeleitet. Am 30. August 1994 wurde gegen Belarus ein Antidumpingverfahren bezüglich der Einfuhr von Polyester-Spinnfasern eingeleitet. In den ersten beiden Fällen wurden erheblich Antidumpingzölle verhängt, die nach wie vor in Kraft sind. Allerdings wurde im Fall von Ammoniumnitratprodukten das Verfahren am 21. Mai 1994 eingestellt, „weil die fragliche Ware im Untersuchungszeitraum nicht aus diesen Ländern ausgeführt worden war [Hervorhebung hinzugefügt] und folglich keine Dumpingberechnung vorgenommen werden könnte“ (Kommission 1995: 43).
- 18 Zu den Wohlfahrtsverlusten von Antidumpingverfahren siehe Messerlin (1989).
- 19 Geschätzt auf der Basis der Angaben zu den Beschäftigten in privatisierten Unternehmen.
- 20 Dieser sah vor, 1997 insgesamt 500 staatliche und über 1 000 kommunale Unternehmen in die Privatisierung einzu-beziehen. Vgl. zum Entwurf des Privatisierungsprogramms DIW et al. (1997: 14).
- 21 Vgl. zum Konzept der Voucherprivatisierung DIW et al. (1994: 19 f.).
- 22 Zur Struktur der umgewandelten und privatisierten Unternehmen nach Wirtschaftszweigen vgl. Tabelle 16.

- 23 Fortschritte gab es auch bei der Wohnungsprivatisierung. Bis Ende Juli 1997 waren kumuliert 743 000 Wohnungen bzw. 41 vH der zu privatisierenden Wohnungen übereignet worden (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1997b: 105 f.).
- 24 Vgl. zur Neuregistrierung DIW et al. (1997: 14).
- 25 Einen Anhaltspunkt für das Ausmaß der verweigeren Neuregistrierung gibt die Entwicklung der Anzahl der im Unternehmensregister eingetragenen Unternehmen. Die Zahl ist zwischen April und August 1997 von 103 440 auf 95 031 und damit um mehr als 8 400 Unternehmen gesunken. Im staatlichen Sektor ist die Zahl nur um 219 Unternehmen zurückgegangen. In den Angaben sind allerdings die Resultate der Neuregistrierung noch nicht vollständig enthalten und die Effekte der Privatisierung nicht aufgeschlüsselt (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1997b: 109 f.).
- 26 Vgl. zum Unionsvertrag: *Rossijskaja gazeta* vom 24. Mai 1997: 1 f.
- 27 Der erste stellvertretende Premierminister der Russischen Föderation, Boris Nemzov, äußerte jüngst zur Frage einer russisch-weißrussischen Union: „Genauso wenig wie man die Wirtschaftssysteme von Nordkorea und Südkorea, von Florida und Kuba integrieren kann, so kann man auch die Wirtschaften von Rußland und Belarus nicht vereinigen, deren ökonomische Grundlagen verschieden sind“ (*Belorusskaja delovaja gazeta* vom 25. September 1997).

Literaturverzeichnis

- Belorusskij rynek* (1997). Dekret Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 14 vom 4. August: „O nekotorych merach po uporjadočeniju ekonomičeskich otnošenij“. Nr. 32: 16.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1994). Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Kieler Diskussionsbeiträge 234. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 61 (25): 413–432 des DIW und als Forschungsreihe 4/1994 des IWH.
- (1997). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar. Kieler Diskussionsbeiträge 295. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 64 (18): 321–333 des DIW und als Forschungsreihe 4/1997 des IWH.
- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) (1994). *The Results of the Uruguay-Round of Multilateral Trade Negotiations — The Legal Texts*. Genf.
- IMF (International Monetary Fund) (1997). *International Financial Statistics*. CD-ROM. Washington, D.C.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1995). Dreizehnter Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament über die Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen der Gemeinschaft. KOM (95) 309 endg. Luxemburg.
- (Ifd. Jgg.). Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament über die Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen der Gemeinschaft. Luxemburg.
- Lücke, M. (1995). The Impact of Accession to GATT on the Trade-Related Policies of CIS-Countries — the Case of Belarus. *Journal of World Trade* 29 (4): 165–192.
- Messerlin, P.A. (1989). The EC Antidumping Regulations: A First Economic Appraisal, 1980–85. *Weltwirtschaftliches Archiv* 125 (3): 563–587.
- Ministerstvo Statistiki i Analiza Respubliki Belarus' (1996). *Statističeskij bjulleten' 2* (12).
- (1997a). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijun'*. Minsk.
- (1997b). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijul'*. Minsk.
- (1997c). *Respublika Belarus' v cifrach. 1996*. Minsk.
- (1997d). *Statističeskij bjulleten' 3* (2).
- (1997e). *Statističeskij bjulleten' 3* (6).
- (1997f). *Statističeskij bjulleten' 3* (7).
- Sobranie dekretov, ukazov Prezidenta, i postanovlenij Pravitel'stva Respubliki Belarus'* (1997a). Dekret Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 7 vom 17. März: „O dopolnitel'nych merach po obespečeniju zanjatnosti naselenija“. Nr. 8: 44–45.
- (1997b). Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' Nr. 276 vom 2. April: „O raspredelenii vypusknikov gosudarstvennych vyšich i srednich special'nych zavedenij“. Nr. 10: 80–81.
- (1997c). Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' Nr. 290 vom 7. April: „O programme gosudarstvennoj podderžki malogo predprinimatel'stva v Respublike Belarus' na 1997 god“. Nr. 11: 74–76.
- Tacis European Expertise Service (1997a). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (June).
- (1997b). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (July).